

Regionalentwicklung in Niedersachsen

Markus Krüsemann:

Wirtschaftliche Entwicklungsprobleme im ehemaligen Zonenrandraum am Beispiel der Städte Uelzen, Duderstadt und Helmstedt

[1. Duderstadt](#)

[2. Uelzen](#)

[3. Helmstedt](#)

[4. Allgemeine Bewertung](#)

[5. Anmerkungen](#)

Der folgende Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse einer Befragung zusammen, die das Institut für Regionalforschung im Herbst 2001 in drei Städten des ehemaligen niedersächsischen Zonenrandgebiets durchgeführt hat¹. Ziel der Untersuchung war es, am Beispiel der Städte Helmstedt, Duderstadt und Uelzen aktuelle Entwicklungsprobleme zu identifizieren, die aus Sicht der regionalen Akteure die Situation dieser und damit womöglich auch noch anderer Kommunen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze prägen. Stark gekürzt und somit eher schlaglichtartig versammeln die folgenden Abschnitte zunächst die wichtigsten Erkenntnisse zu den einzelnen Städten. Der letzte Abschnitt bietet ein kurzes Resümee und schließt mit einer allgemeinen Bewertung der Ergebnisse.

1. Duderstadt

Die Stadt Duderstadt (ca. 23.000 Einwohner) ist das Zentrum des südniedersächsischen Untereichsfeldes, einem traditionell strukturschwachen Raum mit geringem Industriebesatz und einer langen, heute noch überdurchschnittlich bedeutenden Handwerkstradition.

Verschuldung

Die seit mehreren Jahren insgesamt wachsende Verschuldung hat zu einer finanziellen Schieflage geführt, durch die der kommunale Bewegungsspielraum stark eingeschränkt wird. Zu den externen Ursachen zählen einerseits die Veränderungen der bundes- und landesweiten Rahmenbedingungen insbesondere beim kommunalen Finanzausgleich, andererseits können auch die mittlerweile wieder auf ein Niveau der 80er Jahre gefallen Gewerbesteuererinnahmen kaum zu einer Entlastung der angespannten Finanzsituation beitragen.

Fördergefälle

Direkt an der ehemaligen Zonengrenze gelegen, zählte Duderstadt zu Zeiten der Zonenrandförderung zu den sog. Schwerpunkttorten mit der höchsten Förderpräferenz. Mit erheblichen Finanzhilfen konnten damals einige Industriebetriebe neu angesiedelt werden. Eine nachhaltige Stärkung der Region hat sich jedoch nicht eingestellt, da fast alle geförderten Unternehmen ihren Standort nicht dauerhaft gehalten haben. Von größerer Bedeutung war die Förderung des Ausbaus der Infrastruktur, mit der sich eine Reihe von Standortnachteilen zumindest mildern ließen.

Seit dem Auslaufen der Zonenrandförderung Ende 1994 erschweren die im Vergleich zu den Nachbarregionen in Thüringen geringeren Fördermöglichkeiten bei den gewerblichen

Investitionen die wirtschaftliche Entwicklung. Innerhalb des Spektrums an Fördermöglichkeiten ist die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) von besonderer Relevanz. Während der Raum Duderstadt hier den Status eines C-Fördergebietes besitzt, ist die benachbarte Region auf Thüringer Seite Hochfördergebiet der Kategorie A. Investitionen der gewerblichen Wirtschaft können dort mit bis zu 35% bzw. bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit bis zu 50% bezuschusst werden. Im Raum Duderstadt gelten deutlich niedrigere Förderhöchstsätze von 18% bzw. 28 % für KMU. Zudem lässt die Förderpraxis im Land Niedersachsen eine Ausschöpfung der Höchstsätze faktisch kaum noch zu. Wie die Interviews ergaben ist das Land auf Grund der Finanzknappheit dazu übergegangen, die Mittel so zu strecken, dass Investitionsvorhaben von Unternehmen regelmäßig allenfalls mit etwa 10% bis 18% (letztere KMU) bezuschusst werden.

Gewerbeentwicklung

Seit 1990 hat es in Duderstadt Betriebsschließungen, -verlagerungen oder Teilabwanderungen in größerem Ausmaß gegeben. Betroffen waren in erster Linie die Bereiche Industrie und Handwerk.

Die stärkste Schwächung der regionalen Wirtschaft wurde durch Werksschließungen und Produktionsverlagerungen nach Osteuropa hervorgerufen. Der damit verbundene Verlust von etwa 700 Arbeitsplätzen ist im Wesentlichen auf den generellen von der Globalisierung getriebenen Strukturwandel zurückzuführen. Darüber hinaus ließen sich sieben Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten identifizieren, die seit 1990 ihren Standort in Duderstadt ganz aufgegeben haben, um sich im benachbarten thüringischen Landkreis Eichsfeld neu anzusiedeln. Dadurch sind dem Standort schätzungsweise mehr als 120 weitere Arbeitsplätze verloren gegangen. Genauere Informationen über die Abwanderungsmotive liegen nicht vor, doch konnte im Rahmen der Interviews ermittelt werden, dass in einigen Fällen die hohen Förderpräferenzen im Land Thüringen den Entschluss zur Übersiedlung zumindest mit bestimmt haben. Da es in den letzten Jahren in Duderstadt keine wirtschaftlich relevanten Neuansiedlungen gegeben hat, ließ sich die negative Entwicklung auch von dieser Seite aus nicht kompensieren.

Verkehrsinfrastruktur

Zu Zeiten der deutschen Teilung verfügten Duderstadt und sein Umland nur über ein unterdurchschnittlich ausgebautes Straßennetz und eine sehr schlechte Verkehrsanbindung zu den Wirtschaftszentren der damaligen Bundesrepublik. Hatte sich zumindest die überregionale Anbindung zu den Wirtschaftszentren in West und Ost auch nach der Wiedervereinigung noch nicht wesentlich gebessert, so ist mittlerweile eine bedeutende Entspannung der Verkehrssituation abzusehen. Der bereits in Angriff genommene Bau der etwa 10 km südlich von Duderstadt verlaufenden A 38 (Halle-Kassel) könnte die Region aus ihrer peripheren Lage befreien.

Tarifgefälle

Regionen wie Duderstadt, die sich direkt an der Schnittstelle des in West und Ost unterschiedlichen Tarifgefüges befinden, sehen sich spürbaren Verwerfungen ausgesetzt. Insbesondere das für Duderstadt und die umliegende Region Untereichsfeld wirtschaftlich so bedeutsame mittelständische Handwerk ist erheblich unter Druck geraten. Die neu erwachsene Konkurrenz aus Thüringen konnte sich in den letzten Jahren auf Grund von Lohnkosten- und teilweise auch subventionsbedingten Wettbewerbsvorteilen wachsende Marktanteile erobern. Im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge zeigt sich ein ähnliches Bild. Die örtlichen Handwerksbetriebe müssen sich häufig den günstiger kalkulierenden ostdeutschen Bewerbern geschlagen geben.

Fazit

Die Wiedervereinigung hat Duderstadt zwar neue wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven eröffnet. Der neue interregionale Wettbewerb ist derzeit aber noch mit Nachteilen verbunden, zu denen auch vereinigungsbedingte Lasten zu zählen sind. Dies ist insofern problematisch, als die ehemalige Grenzregion als strukturschwacher und durch Abwanderung altindustrieller Produktionskapazitäten geschwächter Raum zu wenig Substanz mitbringt, um die neuen Schwierigkeiten aufzufangen.



2. Uelzen

Die Kreisstadt Uelzen befindet sich in einem strukturschwachen, landwirtschaftlich geprägten Raum mit geringer Bevölkerungsdichte und schwacher Anbindung an die nächstgelegenen Ballungsräume. Als Mittelzentrum mit rund 37.000 Einwohnern ist sie erster Siedlungsschwerpunkt im gleichnamigen Landkreis.

Verschuldung

Die große Mehrzahl der Interviewpartner sieht in der kommunalen Verschuldung das größte Problem der Stadt. Das seit 1995 stetig steigende Haushaltsdefizit schränkt die kommunalen Spielräume immer weiter ein. Der Fehlbedarf ist im Wesentlichen auf den Länderfinanzausgleich und auf die 1994 eingetretenen Änderungen beim kommunalen Finanzausgleich sowie die seit 1997 stark rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen zurückzuführen.

Fördergefälle

In den Jahren als Zonenrandgebiet konnte Uelzen durch die Förderhilfen seine Standortnachteile teilweise abbauen. Neben der auch strukturpolitisch motivierten Ansiedlung von Behörden konnten größere Unternehmen speziell der Nahrungsmittelbranche zur Ansiedlung bewegt werden, so dass die Stadt einen industriellen Schwerpunkt bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte ausgebildet hat.

Die seit dem Auslaufen der Zonenrandförderung spürbar schlechteren Fördermöglichkeiten wurden ausnahmslos von allen Interviewpartnern moniert. Mit der Förderkulisse der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) steht auch hier das für die Praxis bedeutendste Förderinstrument im Zentrum der Kritik. In der vergleichsweise ungünstigen Einstufung im Rahmen der GRW ² sieht man in Uelzen vor allem einen Standortnachteil in der Konkurrenz um Betriebsansiedlungen.

Gewerbeentwicklung

Befürchtungen, dass durch die hohen Investitionszuschüsse im Osten der Unternehmensbestand ausgedünnt werden könnte, haben sich in Uelzen bislang nicht bewahrheitet. In der Stadt sind keine Fälle von Betriebsabwanderungen in die neuen Bundesländer bekannt. Nach unseren Recherchen haben seit 1990 nur zwei Uelzener Betriebe ihren Standort verlassen. In beiden Fällen handelt es sich um Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die den Standort Deutschland gleich ganz zu Gunsten osteuropäischer Länder aufgegeben haben. Dadurch sind ca. 170 Arbeitsplätze verloren gegangen.

Verkehrsinfrastruktur

Nach Ansicht der Interviewpartner stellt die mangelhafte Anbindung an das Autobahnnetz eines der zentralen Entwicklungshemmnisse der Stadt dar. Für die politischen Akteure liegt hier der bedeutendste Standortnachteil der gesamten Region.

Der nächst gelegene Anschluss an einen autobahnähnlich ausgebauten Zubringer befindet

sich etwa 30 km nördlich bei Lüneburg. Die für die überregionale Anbindung der Region in Nord-Süd-Richtung wichtige A 7 Hamburg-Würzburg im Westen ist noch schlechter erreichbar. Laut Bundesverkehrswegeplan ist eine Verbesserung der Situation durch den Bau von zwei neuen Autobahnen bereits vorgesehen. Deren für Uelzen günstige Trassenführung ist zwischenzeitlich aber wieder in Frage gestellt worden. Sollte sich die reduzierte Variante einer einzelnen Autobahnverbindung von Magdeburg nach Schwerin durchsetzen, so sieht sich Uelzen über Gebühr benachteiligt, weil die Region dann wohl endgültig auf einen nahe gelegenen Autobahnanschluss verzichten muss.

Tarifgefälle

Auch in Uelzen macht sich die Nähe zu den ostdeutschen Bundesländern insofern bemerkbar, als es in Folge des Lohngefälles zu Belastungen des Arbeitsmarkts kommt, denen sich auch hier in erster Linie das Handwerk ausgesetzt sieht. Die Probleme des Handwerks lassen sich am Beispiel der öffentlichen Auftragsvergabe plastisch darstellen: Die großen kommunalen Baumaßnahmen der letzten Jahre sind fast vollständig durch ostdeutsche Betriebe ausgeführt worden, da sie bei Ausschreibungen auf Grund deutlich preisgünstigerer Angebote den Zuschlag erhielten. Dagegen sind die heimischen Handwerksbetriebe bei so lukrativen Aufträgen wie dem Umbau des Bahnhofs oder dem Bau des neuen Krankenhauses leer ausgegangen.

Fazit

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Uelzens werden in erster Linie durch Standortprobleme geprägt, die für strukturschwache, ländlich periphere Regionen beinahe typisch sind. Die geringe Bevölkerungsdichte und eine relativ große Entfernung zu den nächsten Wirtschaftszentren in Verbindung mit einer schlechten Verkehrsanbindung stellen ein großes Entwicklungshemmnis dar. Schwierigkeiten, die sich aus der früheren Zonenrandlage ergeben haben, sind auf einzelne Punkte beschränkt, tragen aber dennoch zu einer zusätzlichen Belastung der Region bei.

Die im Zuge der Grenzöffnung entstandenen neuen Bedingungen und die daraus resultierenden Anpassungsprozesse haben die Situation der Stadt zwar nicht gerade erleichtert, doch kann den vereinigungsbedingten Lasten kein prominenter Stellenwert zuerkannt werden - und das um so weniger, als Uelzen von der Wiedervereinigung auch erkennbar profitiert hat.



3. Helmstedt

Mit etwa 26.000 Einwohnern liegt Helmstedt im Schnittpunkt der Wirtschaftsräume Braunschweig, Wolfsburg und Magdeburg in einer Region, die bis heute durch den industriellen Braunkohletagebau und einem der industriellen Monostruktur geschuldeten geringen Bestand an mittelständischen Unternehmen geprägt ist.

Arbeitslosigkeit

Nach kurzer Beruhigung auf dem Arbeitsmarkt ist die Arbeitslosigkeit seit 1992 in Stadt und Landkreis wieder so stark angestiegen, dass die Interviewpartner hierin eines der größten Entwicklungsprobleme des Raumes sehen. Die größte Belastung des Arbeitsmarktes geht dabei von den Braunschweigischen Kohlen-Bergwerken (BKB) aus. Der immer noch bedeutendste industrielle Arbeitgeber im Kreis hat in den vergangenen Jahren stetig Arbeitsplätze abgebaut. Mit der bereits feststehenden Schließung eines weiteren Kraftwerks wird der Personalabbau auch in diesem Jahr unvermindert fortgesetzt. Stünde der Region mit

dem VW-Werk in Wolfsburg nicht ein bedeutendes Beschäftigungsventil³ zur Verfügung, so wäre die Situation auf dem Helmstedter Arbeitsmarkt noch sehr viel angespannter.

Fördergefälle

Wie Duderstadt und Uelzen genoss Helmstedt in den Jahren der deutschen Teilung als Stadt in extremer Zonenrandlage die höchste Förderpriorität der Zonenrandförderung. Trotz umfangreicher Finanzhilfen ist es damals aber nicht gelungen, Industriebetriebe in nennenswertem Umfang dauerhaft anzusiedeln. Die Nachteile der räumlichen Lage wurden daher weniger durch die Förderung als durch den Umstand kompensiert, dass die Stadt die Funktion des Zonengrenzkontrollpunktes an der wichtigsten Transitstrecke nach Berlin erfüllte.

Nach der Wiedervereinigung hat sich die Förderkulisse dann auch für Helmstedt nachteilig verändert. Seit dem Auslaufen der Zonenrandförderung Ende 1994 steht die Stadt in Konkurrenz zu benachbarten Hochförderregionen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. In der Befragung wurden nicht nur die großen Unterschiede bei der Förderkulisse dies- und jenseits der ehemaligen Grenze moniert, sondern auch frühere Fördergebietszuschnitte, durch die Helmstedt nach Auslaufen der Zonenrandförderung und trotz schlechter Wirtschaftsdaten von 1994 bis 1996 ganz aus der GRW-Förderung herausgefallen war.

Gewerbeentwicklung

Ähnlich wie Duderstadt steht auch Helmstedt durch seine unmittelbare Lage an der ehemaligen Zonengrenze in direkter Konkurrenz zu nur wenige Kilometer entfernten Standorten in Sachsen-Anhalt, die investitionswilligen Unternehmen in ihren neuen Gewerbegebieten attraktive Konditionen bieten können. Das damit verbundene Problem kleinräumiger Betriebsverlagerungen kann auch für Helmstedt nachgewiesen werden. Im Rahmen der Interviews ließen sich fünf Betriebe mit mind. fünf Beschäftigten identifizieren, die seit 1990 eine derartige Verlagerung vollzogen haben. Nach vorsichtigen Schätzungen sind der Stadt und dem Landkreis damit an die 250 Arbeitsplätze verloren gegangen. Schwerer wogen Beschäftigungseinbußen, die seit 1990 durch Insolvenzen, Werksschließungen und Betriebsabwanderungen nach Osteuropa verursacht wurden. Der Verlust von über 700 Arbeitsplätzen in der Industrie hat den Standort deutlich geschwächt, ist aber nicht auf das Fördergefälle zurückzuführen, sondern steht im Zusammenhang mit großräumigen wirtschaftsstrukturellen Veränderungen, die mit Stichworten wie sektoraler Strukturwandel und Globalisierung hier nur angedeutet bleiben sollen.

Tarifgefälle

Auch am Beispiel Helmstedts ließ sich bestätigen, dass jene Regionen besonderen Belastungen ausgesetzt sind, in denen die unterschiedlichen Tarifstrukturen direkt aufeinander prallen. Schwierigkeiten sahen die Gesprächspartner erneut insbesondere im Bereich des Handwerks, das sich mit Marktanteilsverlusten und Mißerfolgen bei der Akquise öffentlicher Aufträge und somit mit ähnlichen Problemen wie die Uelzener und Duderstädter Wettbewerber konfrontiert sieht.

Fazit

Die Stadt Helmstedt befindet sich seit der Wiedervereinigung in einer neuen Lagegunst, hat aber bislang nicht nachhaltig davon profitieren können. Im Schatten der starken Wirtschaftsregion Braunschweig/Wolfsburg und zugleich in neuer Standortkonkurrenz zu den mit lohnkosten- und förderbedingten Standortvorteilen versehenen Nachbarkreisen Sachsen-Anhalts hat die Stadt große Schwierigkeiten den eigenen Standort auszubauen. Hier erweist sich nicht nur die den Wirtschaftsraum prägende Monostruktur des Bergbaus als hinderlich. Der nötige Strukturwandel wird auch durch die Lage an der ehemaligen Zonengrenze beeinträchtigt. Die damit verbundenen strukturellen Verwerfungen schwächen die regionale Wirtschaft, sei es durch Unternehmensabwanderung, durch Auftragsverluste

des Handwerks oder durch ausbleibende Neuansiedlungen.

4. Allgemeine Bewertung

Trotz unterschiedlicher Ausgangslagen und spezifischer wirtschaftsstruktureller Unterschiede konnten für alle drei Städte ähnliche Entwicklungsprobleme skizziert werden, die von der kurzen bis etwa Mitte der 90er Jahre dauernden Phase des Wiedervereinigungsbooms zunächst verdeckt wurden, in den letzten Jahren aber wieder deutlich zum Tragen kamen. In erster Linie sind hier die strukturellen Defizite zu nennen, die sich in den Jahrzehnten der deutschen Teilung entwickelt haben und mit den damals verfügbaren strukturpolitischen Instrumenten nicht grundlegend beseitigt worden sind. Hinzugekommen sind neue, spezifisch vereinigungsbedingte Lasten, die die Situation zusätzlich erschweren. Die deutsche Einheit hat den drei Städten und ihren Wirtschaftsräumen aber auch neue Perspektiven eröffnet. Sie sind in eine neue Lagegunst geraten und konnten ihren Wirtschaftsraum Richtung Osten ausdehnen. Ohne Zweifel konnten die Regionen vom Wegfall der Grenze bereits profitieren. Die günstigeren ökonomischen Entwicklungsperspektiven greifen jedoch noch nicht durchgängig, sondern werden durch Belastungen überlagert, die insbesondere an der Nahtstelle der zusammenwachsenden Bundesrepublik zum Tragen kommen. Hierzu zählen vor allem die veränderten Förderpräferenzen und das Lohngefälle.

In diesem Zusammenhang ist etwa der aktuelle Zuschnitt der Instrumente der staatlichen Wirtschaftsförderung kritisch zu hinterfragen. Insbesondere das den Investitionshilfen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) zu Grunde liegende Präferenzsystem sorgt für ein insgesamt zu großes Fördergefälle zwischen den direkt benachbarten Fördergebieten dies- und jenseits der früheren innerdeutschen Grenze. Ungeachtet des bundesweit generell schwachen Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre tragen das Fördergefälle zu den neuen Bundesländern, aber auch die dort gewährten hohen Steuervergünstigungen mit dazu bei, dass strukturschwache und peripher gelegene Regionen westlich der früheren innerdeutschen Grenze für Unternehmen auf Standortsuche kaum mehr in Betracht gezogen werden.

Die Förderproblematik wird ergänzt durch Verwerfungen, die sich speziell an der Schnittstelle des fortbestehenden Tarifgefälles bemerkbar machen. Zwar haben der Handel, das Produzierende Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen aller drei Städte die günstigeren Tarifbedingungen im Zuge einer Expansion in die neuen Länder genutzt. Dabei sind eine Reihe von Zweigwerken und Filialen dieser Unternehmen in den ostdeutschen Grenzkreisen entstanden. Jedoch konnte für die Städte Helmstedt und Duderstadt nachgewiesen werden, dass einige Betriebe ihren Standort auch komplett und meist nur wenige Kilometer weiter nach Osten verlagert haben. Die Auswertung der Interviews führte hier zu der begründeten Vermutung, dass die unmittelbare Nähe zu den Gewerbegebieten der Hochförderregionen im Verein mit den dort sehr viel günstigeren Förderkonditionen sowie den zusätzlichen Steuervergünstigungen eine wichtige Rolle spielte. Das Beispiel der Stadt Uelzen, die von Betriebsabwanderungen kaum betroffen ist, könnte möglicherweise ein Indiz dafür sein, dass derartige wirtschaftsstrukturelle Verwerfungen gerade an der unmittelbaren Schnittstelle zwischen alten und neuen Ländern besonders stark zum Tragen kommen. Im Bereich des regionalen Handwerks hat das Tarifgefälle in allen drei Städten zu einem verschärften Konkurrenzdruck geführt. Die strukturellen Wettbewerbsnachteile bekommen

die Firmen gerade bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stark zu spüren. Um hier mehr Chancengleichheit zu erzielen hat Niedersachsen zwar die Einforderung einer Tariftreueerklärung zur Pflicht gemacht. Danach muß sich jeder Bieter bei Angebotsabgabe verpflichten, seine Beschäftigten zu den am Ort der Baustelle gültigen Tarifen zu entlohnen. In den Interviews wurde aber mehrfach deutlich, dass diese Erklärung oft nicht eingehalten wird wie auch andere hier relevante Vorschriften unterlaufen werden. Angesichts der hier prominent behandelten Grenzraumprobleme bleibt abschließend aber zu betonen, dass sich in den Gesprächen keine der mit der Wiedervereinigung und dem Zusammenwachsen Deutschlands verbundenen Belastungen als die alleinige, zentrale Schwierigkeit identifizieren ließ, die den Städten in herausragender Weise zu schaffen macht. Problematisch ist das Bündel aller wirtschaftlichen Entwicklungshemmnisse, die erst in ihrer Summe zu einer deutlichen Einschränkung der Wachstumsperspektiven beitragen und die Städte bei der Bewältigung struktureller Anpassungsprozesse überfordern.

Anmerkungen

1. Die empirische Erhebung ist Bestandteil eines Gutachtens, das das Institut für Regionalforschung und das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) im Jahre 2001 erstellt hat. Im Auftrag der Norddeutschen Landesbank, der Kreissparkasse Uelzen und der Sparkasse Duderstadt haben die beiden Institute die Struktur- und Entwicklungsprobleme der Städte Helmstedt, Duderstadt und Uelzen stellvertretend für alle Städte im ehemaligen niedersächsischen Zonenrandgebiet untersucht und Handlungsvorschläge für eine Verbesserung der regionalwirtschaftlichen Situation erarbeitet. Vgl.: Jung, H.-U./ Krüsemann, M. (2002): Struktur- und Entwicklungsprobleme von niedersächsischen Städten im ehemaligen Zonenrandgebiet: Duderstadt, Helmstedt und Uelzen, Hannover/Göttingen ([zurück zum Text](#))
2. In Uelzen gelten die gleichen Sätze wie in Duderstadt: 18% (KMU: 28%), während im benachbarten Altmarkkreis Salzwedel gewerbliche Investitionen mit bis zu 35% (KMU: 50%) bezuschusst werden können. ([zurück zum Text](#))
3. Nach Angaben des Arbeitsamtes Helmstedt gingen im Jahr 2001 mehr als 8.000 Arbeitnehmer aus der Stadt und dem Landkreis einer Beschäftigung bei VW nach. ([zurück zum Text](#))